

# FlüchtlingsRAT

NRWe.V.

Gefördert von:



## SCHNELLINFO 03/2011, 04. Mai 2011

Das Schnellinfo (PDF) finden Sie auf unserer Homepage zum Download und bequemen Ausdrucken!

### Inhaltsverzeichnis

#### IN EIGENER SACHE

- Einladung zur Mitgliederversammlung am 28.05.2011
- Pressemitteilung des FR NRW vom 12.04.2011: Keine Abschiebungen von Roma, Ashkali und Ägyptern!

#### ALPHA OWL – FLÜCHTLINGSRAT NRW

- 1. Fachforum des Netzwerkes „alpha OWL“: Neues Bleiberecht
- Projektvorstellung „Aufbruch PortIn Plus“

#### AUS AKTUELLEM ANLASS

- Die Tour der 1.000 Brücken: Fazit

#### BLEIBERECHT

- Bundesrat billigt Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat / neue Bleiberechtsregelung

#### DUBLIN II

- Inhaftierung minderjähriger Flüchtlinge in Ungarn
- Forderung nach neuem EU-Verteilungsmechanismus
- Abschiebung eines somalischen Flüchtlings verhindert

#### EUROPA

- Italien stellt Flüchtlingen befristete Visa aus
- Schluss mit europäischer Abschottungspolitik
- Europäisches Trauerspiel
- 150 Tote bei Schiffsunfall vor Lampedusa
- Abschiebung nach Syrien stoppen

#### DEUTSCHLAND

- Bayern lockert Lagerpflicht nur ein wenig
- Aufnahme von 100 nordafrikanischen Flüchtlingen
- Berlin: Bildungspaket auch für Asylbewerberkinder
- Bewegungsfreiheit für Asylbewerber in Niedersachsen
- Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
- Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- Suizid nach Abschiebungsdrohung

#### NORDRHEIN-WESTFALEN

- Proteste gegen Roma-Abschiebung am Düsseldorfer Flughafen
- Resolution von kirchlichen Frauenverbänden aus dem Kreis Borken gegen Abschiebung

#### AUS DEN INITIATIVEN VOR ORT

- Aktion Wachbleiben! Erste gemeinsam durchwachte Nacht

#### AKTUELLE RECHTSPRECHUNG UND ERLASSE

- EuGH: Italien darf illegale Flüchtlinge nicht in Haft nehmen
- BMI, 28.04.2011: Vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen nach Syrien
- Rheinland-Pfalz: Erlass vom 02.03.2011: Überstellungen nach Italien nach der Dublin II-Verordnung

#### ZAHLEN & STATISTIK

- Zahlen und Fakten zu Libyen-Flüchtlingen
- 3.527 Asylanträge im März 2011

#### MATERIALIEN

- Sonderheft der Flüchtlingsräte: AusgeLAGERt – Zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland
- Musterantrag: Leistungen aus dem Bildungspaket
- Bericht: Menschenrechte im kosovarischen Gesundheitssystem
- Policy Paper: Abschiebungshaft und Menschenrechte
- Fotoreportage: Flüchtlinge aus Libyen
- Zeitschrift borderline-europe: Europas Eiserner Vorhang
- Materialbestellung: Einbürgerungstest, Orientierungshilfe
- Etiketten und Aufkleber: Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen
- Termine

Wie Sie den Flüchtlingsrat NRW unterstützen können:

**Mitglied werden – Spenden – Sachspenden über SocialBay – Spendenshop (Einkaufen für den Flüchtlingsrat NRW) - Praktikum und ehrenamtliche Mitarbeit**

---

## IN EIGENER SACHE

---

### **Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW am 28.05.2011**

Datum: Samstag, 28. Mai 2011 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Asienhaus, Bullmannaue 11, Essen-Katernberg

#### **Liebe Mitglieder, liebe FreundInnen und UnterstützerInnen,**

wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten wird in Kürze auf unserer Homepage veröffentlicht.

#### **Mit herzlichen Grüßen**

Varinia Morales, Gabriele Spieker, Ingo Pickel, Heinz Drucks (Vorstand des FR NRW)

### **PM des FR NRW vom 12.04.2011: Keine Abschiebungen von Roma, Ashkali und Ägyptern!**

Nachdem der NRW-Wintererlass am 31.03.2011 ausgelaufen ist, setzt die Landesregierung die im Jahr 2010 begonnenen Sammelabschiebungen von Roma, Ashkali und Ägyptern (RAE) planmäßig fort. Bereits am 5. April sind Roma aus NRW nach Serbien abgeschoben worden, am darauffolgenden Dienstag, den 12. April, erfolgte ein Sammelflug nach Pristina (Kosovo). Der Flüchtlingsrat NRW verurteilt die Wiederaufnahme der Sammelabschiebungen nach Serbien und in den Kosovo. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Stellungnahmen / Pressemitteilungen > Roma**.

---

## ALPHA OWL – FLÜCHTLINGSRAT NRW

---

### **1. Fachforum des Netzwerkes „alpha OWL“: Neues Bleiberecht**

Im Rahmen des Projekts „alpha OWL - Arbeit für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“ fand am Mittwoch, den 23.03.2011 von 9:30 bis ca. 14:00 Uhr, das erste Fachforum mit dem Thema „Neues Bleiberecht – Chancen und Hürden für eine nachhaltige Integration von Flüchtlingen“ statt.

Ziel dieses Forums war es, mit den Fachleuten aus Migrationsarbeit, Beschäftigungsförderung, Arbeitsvermittlung und einschlägigen Beratungsstellen ins Gespräch zu kommen, um sie auf die spezifischen Unterstützungsbedarfe von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen im Zusammenhang mit geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen, und dabei Möglichkeiten einer erfolgreichen Zusammenarbeit auszuloten.

Eingeladene Referenten waren Dietrich Eckeberg, Referent für Flüchtlingsarbeit und junge Zugewanderte im Geschäftsbereich Soziales und Integration der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und Frau Dr. Barbara Weiser von der Arbeitsgenehmigungsrechtlichen Informationsstelle im Projekt NetwIn des Diözesancaritasverbands Osnabrück.

Im Vortrag von Dietrich Eckeberg, „Bleiberecht - eine subjektive Zwischenbilanz / Frühjahr 2011: Wie lauten die aktuellen Herausforderungen beim Bleiberecht in 2011?“ wurde die Ausgangslage für 2011 nach der Verlängerung der Bleiberechtsregelung durch die Innenministerkonferenz 2009 und nach der am 17. März 2011 im Bundestag beschlossenen Bleiberechtsregelung für Jugendliche und Heranwachsende besprochen. Vorgestellt wurden im Weiteren die Vorhaben der Aktion Bleiberecht des Diakonisches Werkes und des Deutschen Caritasverbandes.

Dr. Barbara Weiser referierte zum Thema „Ausländerrechtliche Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Migrantinnen und Migranten mit ungesichertem Aufenthaltsstatus“. Dabei stellte sie die unterschiedlichen Aufenthaltstitel und sonstigen Aufenthaltspapiere vor und zeigte, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Flüchtling je nach Aufenthaltstitel oder -papier arbeiten darf.

Die anschließende Diskussionsrunde moderierte Matthias Blomeier, Sozialpfarrer des Evangelischen Kirchenkreises Bielefeld.

Die Präsentation von Dietrich Eckeberg sowie das Programm des Fachforums finden Sie auf unserer Homepage unter **Aktuelles > "alpha OWL – Flüchtlingsrat NRW"**.

## **Vorstellung der ESF-Netzwerke in NRW**

Seit Ausgabe 02/2011 des Schnellinfos wird in dieser Rubrik fortlaufend jeweils eines der sieben ESF-Netzwerke der zweiten Förderrunde im Xenos-Programm zur „arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ vorgestellt.

### **ESF-Netzwerk: Aufbruch PortIn Plus**

Das Netzwerk „Aufbruch PortIn Plus“ (APP) besteht seit dem 1. November 2010. Es richtet sich an Menschen mit Flüchtlingshintergrund und Arbeitserlaubnis, die sich bereits in Arbeit befinden und sich weiterqualifizieren möchten oder die eine Arbeit oder einen Ausbildungsplatz suchen.

Die Träger des Netzwerkes befinden sich Hagen, Dortmund und dem Märkischen Kreis. In der Stadt Hagen sind neben dem Caritas Verband Hagen, die AWO, die Diakonie Mark-Ruhr und das Jobcenter Hagen Träger des Netzwerkes, in Dortmund die EWEDO, die STS – Stadtteilschule, die CJD Dortmund im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands und das pdl – Projekt Deutsch lernen im W.I.R (Weiterbildungsinstitut Ruhr). Träger im Märkischen Kreis sind die AWO Unterbezirk Hagen / Märkischer Kreis, die Diakonie Mark – Ruhr gemeinnützige GmbH und das Diakonische Werk Lüdenscheid- Plettenberg.

APP bietet Bleiberechtigten und Flüchtlingen mit Zugang zum Arbeitsmarkt aus dem Raum Hagen, Lüdenscheid, Dortmund, Unna und dem Märkischen Kreis Unterstützung rund um das Thema Arbeit. Dazu zählen individuelle und kostenlose Beratung in allen Fragen rund um Arbeit und Aufenthalt, Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und bei Vorstellungsgesprächen, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung, Begleitung bei Beschäftigung und Ausbildung, berufsbezogene Sprachförderung, Berufliche Qualifizierung durch Praktika und gezielte Qualifizierungsangebote, Unterstützung im Übergang Schule – Beruf und interkulturelle Schulungen für MitarbeiterInnen in öffentlichen Verwaltungen.

Arbeitgebern bietet APP eine genaue Auswahl von BewerberInnen zum jeweiligen Anforderungsprofil, bei Bedarf weitere berufliche und sprachliche Qualifizierung der BewerberInnen vor oder nach Arbeitsantritt, Hilfestellung bei der Beantragung von Arbeitgeberzuschüssen, die Möglichkeit der Mediation bei betrieblichen Konflikten, kurzfristige Interventionsmöglichkeiten innerhalb der ersten sechs Monate ab Beschäftigungsaufnahme und Bewältigung von Hürden Aufenthalts- und Arbeitsrecht.

Auf [www.bleiberecht-aufbruch-portin.de](http://www.bleiberecht-aufbruch-portin.de), der Internet-Seite des APP-Netzwerkes, finden Sie Informationen über Ziele und Inhalte der Arbeit von APP, Ansprechpartner und Aktuelles aus den Regionen des Netzwerkes.

---

## **AUS AKTUELLEM ANLASS**

---

### **Die Tour der 1.000 Brücken: Fazit**

Am 04. April 2011 beendete der Liedermacher und Poet Heinz Ratz seine Tour der 1.000 Brücken mit einem Abschlusskonzert in München, der Stadt, in der er am 06. Januar aufgebrochen war: 7.000 km wollte er mit dem Rad zurücklegen, 70 Konzerte in ebenso vielen Städten spielen. Sein Anliegen: Ein Zeichen setzen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Konkret hieß das vor allem: Begegnungen ermöglichen, Öffentlichkeit schaffen, Spenden sammeln. Ist es gelungen?

7.000 Kilometer sind es am Ende wohl nicht geworden – Ratz und seine Band Strom & Wasser haben die Etappen lieber gekürzt „um mehr Zeit mit den Menschen in den Flüchtlingsunterkünften zu haben, für Gespräche, Begegnungen, Austausch.“ Von den bewegenden Geschichten, die sie auf diese Weise kennenlernen – Geschichten der Not, aber auch der Hoffnung –, erzählt Heinz Ratz in seinem ausführlichen Abschlussbericht zur Tour.

„Was haben wir bewirkt?“ fragt er am Ende und gibt sogleich die Antwort: „In allererster Linie wieder [...] Öffentlichkeit schaffen!“ Vor allem die örtlichen Zeitungen hätten ausführlich und teilweise mehrfach berichtet. Enttäuscht ist er hingegen von den meist zurückhaltenden Reaktionen der größeren Medien.

Auf der Spendenseite zeigt sich ein insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis: Mit durchschnittlich 600.- Euro Unkostenpauschale pro Konzert waren sie ein gewisses Risiko eingegangen, „aber es ist aufgegangen, wenn auch nicht ganz so gut, wie erhofft.“ Nach Abzug sämtlicher Unkosten verbleiben von den insgesamt 60.603,22 Euro an Spendeneinnahmen 15.481,59 Euro Reinerlös für PRO ASYL und die lokalen Flüchtlingsinitiativen. Die Städte Neuruppin (3.225.- Euro), Berlin (3.200.- Euro) und Kiel (2.497,45) Euro führen die Liste der

„spendenfreudigsten“ Städte an, Düren (70.- Euro), Saarbrücken (0.- Euro) und Trier (0.-) Euro bilden die enttäuschenden Schlusslichter.

Inzwischen plant Ratz bereit sein nächstes Projekt: Auf der Tour hat er unter den Flüchtlingen viele begabte Künstler getroffen – Musiker, Schriftsteller, Journalisten, Theaterregisseure, Maler, Tänzer und Bühnenbildner – und seine „Idee ist nun, in enger Zusammenarbeit mit ihnen und deutschen Theatern, Musikern und Schauspielern ein Musical zu schreiben und zu erarbeiten, das deutschlandweit aufgeführt werden – und auf diese besondere Art für ein Miteinander von Kulturen und Religionen werben soll.“

Den vollständigen Abschlussbericht von Heinz Ratz mit weiteren Einzelheiten und einer genauen Spendenübersicht finden Sie **hier**.

---

## BLEIBERECHT

---

### **Bundesrat billigt Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat / neue Bleiberechtsregelung**

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 15. April 2011 das Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat gebilligt. Somit muss der Vermittlungsausschuss nicht angerufen werden und das Gesetz kann wohl noch vor der Sommerpause in Kraft treten. Es enthält u.a. auch die vom Bundesrat vorgeschlagene Bleiberechtsregelung für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende, die vom Bundestag in einigen Punkten geändert wurde. So müssen z.B. die Eltern von Jugendlichen, die von der Regelung profitieren, den Lebensunterhalt jetzt komplett sichern statt wie in der ursprünglichen Fassung nur überwiegend. Die Bundestags-Drucksache vom 16. März 2011 mit dem endgültigen Wortlaut des Gesetzes finden Sie auf unserer Homepage unter **Rechtsprechung (Urteile, Beschlüsse, Entscheidungen) > Aufenthaltsrecht**.

---

## DUBLIN II

---

### **Inhaftierung minderjähriger Flüchtlinge in Ungarn**

In einer gemeinsam am 18. April 2011 herausgegebenen Presseerklärung kritisieren der Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und das Welcome to Europe Netzwerk die Praxis der ungarischen Behörden, nahezu ausnahmslos alle Asylsuchenden zu inhaftieren. Dies treffe auch auf diejenigen zu, die als Asylbewerber aufgrund des Dublin-II-Abkommens aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern dorthin zurückgeschoben werden. Obwohl im Asylgesetzentwurf von Ende 2010 die zunächst vorgesehene reguläre Haft von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nach heftiger Kritik verschiedener Menschenrechtsorganisationen zurückgenommen wurde, sehe die Praxis jedoch anders aus. Immer wieder fänden sich offensichtlich Minderjährige in den Gefängnissen. Manche seien illegalerweise inhaftiert und immer mehr seien auf dem Papier älter gemacht worden. Aus Sicht des Bundesfachverbandes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und des Welcome to Europe Netzwerkes ist diese Inhaftierung von Minderjährigen weder vereinbar mit den EU-Richtlinien für die Aufnahme von Asylbewerbern noch mit der UN-Kinderrechtskonvention und der daraus resultierenden Verpflichtung zur Achtung des Kindeswohls. Die vollständige Presseerklärung sowie eine Reihe von Einzelschicksalen junger afghanischer Flüchtlinge finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Stellungnahmen / Pressemitteilungen**.

### **Forderung nach neuem EU-Verteilungsmechanismus**

In einer Pressemitteilung vom 11. April 2011 kritisiert Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Ratstreffens der EU-Innenminister am selben Tag die Blockade in der EU-Asylpolitik, die zu Lasten der Flüchtlinge gehe. Die gemeinsame Asylpolitik der EU stecke in der Sackgasse, weil sich die EU-Staaten die Verantwortung für die Aufnahme von Asylsuchenden gegenseitig zuschöben. DIE LINKE hält an ihrer Forderung nach einem neuen EU-Verteilungsmechanismus fest, der sowohl die Aufnahmekapazitäten der Mitgliedsstaaten als auch die Interessen der Flüchtlinge berücksichtigt. Das Dublin-II-System müsse abgeschafft werden. Die vollständige Pressemitteilung können Sie **hier** nachlesen.

## **Abschiebung eines somalischen Flüchtlings verhindert**

Am Dienstag, den 05. April 2011, 09:30 Uhr, sollte der neunzehnjährige somalische Flüchtling Ajaanle Wacays im Rahmen eines Dublin-II-Verfahrens nach Malta abgeschoben werden. Die Überstellungsfrist, innerhalb derer die Abschiebung nach Malta durchgezogen werden muss, endete am selben Tag.

Eine morgendliche Protestaktion von ca. 10 Personen am Frankfurter Flughafen mit der Verteilung von Flyern gegen die Abschiebung führte schließlich deren Abbruch. Der Pilot, der die Bordgewalt besitzt und für die Sicherheit der Passagiere verantwortlich ist, weigerte sich am Ende den jungen Somalier mitzunehmen. Damit kann dieser jetzt ein reguläres Asylverfahren in Deutschland beginnen. Den Flyer mit weiteren Informationen zur Vorgeschichte von Ajaanle Wacays finden Sie auf unserer Homepage **Flüchtlingspolitik > Abschiebung**.

Wie PRO ASYL in einer Meldung vom 05. April 2011 betont, zeige diese erfolgreiche Aktion auch wie wichtig das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22.02.2011 zur Versammlungsfreiheit auf Flughäfen für den Protest gegen Abschiebungen sei. Die Flughafenbetreiber könnten sich seit dem Urteil nicht mehr einfach auf ihr Hausrecht berufen um die Protestaktionen zu verhindern. Die Meldung können Sie **hier** nachlesen.

---

## **EUROPA**

---

### **Italien stellt Flüchtlingen befristete Visa aus**

Nachdem Italien bereits seit Wochen darüber klagt, in der Flüchtlingsfrage von anderen europäischen Staaten allein gelassen zu werden, gewährt es laut einem Artikel von „die tageszeitung“ vom 08. April 2011 nun tausenden tunesischen Flüchtlingen befristete Visa, mit denen sie theoretisch in alle Länder des Schengen-Raums reisen könnten. Die französische Regierung kritisiert das Vorgehen des Nachbarlands scharf. Die von Italien ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen alleine seien nicht ausreichend für eine Einreise nach Frankreich. Den vollständigen Artikel können Sie **hier** nachlesen.

### **Schluss mit europäischer Abschottungspolitik**

In seiner Pressemitteilung vom 12. April 2011 fordert der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) ein Ende der Abschottungspolitik Europas gegenüber Flüchtlingen und Migranten und die Übernahme humanitärer Verantwortung. Ein generelles Umdenken in der EU-Flüchtlings- und Migrationspolitik sei erforderlich statt einer weiteren Abschottung der Festung Europa, etwa durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Stellungnahmen / Pressemitteilungen**.

### **Europäisches Trauerspiel**

In einer Presseerklärung vom 11. April 2011 fordert PRO ASYL europäische Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme. Deutschland solle alle Abschiebungen nach Italien und Malta im Rahmen der europäischen Asylzuständigkeitsregelung, der sog. Dublin II-Verordnung, einstellen und alles tun, um die noch in Libyen festsitzenden Flüchtlinge zu retten. Die EU müsse sicherstellen, dass die Zurückweisung und das Abdrängen von Bootsflüchtlingen aufhören. Die Bootsflüchtlinge hätten das Recht auf eine menschenwürdige Aufnahme in einem sicheren europäischen Hafen und auf ein rechtsstaatliches Asylverfahren. Im Falle einer verstärkten Fluchtbewegung aus Libyen oder anderen nordafrikanischen Staaten solle eine EU-weite Verteilung der neu ankommenden Schutzsuchenden nach humanitären Kriterien erfolgen. Die vollständige Presseerklärung finden Sie **hier**.

### **150 Tote bei Schiffsunglück vor Lampedusa**

Wie „die tageszeitung“ am 06. April 2011 berichtete, sind bei einem Schiffsunglück, das sich in der vorausgegangenen Nacht etwa 70 Kilometer vor Lampedusa ereignete, rund 150 Flüchtlinge ums Leben gekommen. Von dem Schiff, das wahrscheinlich von Libyen aus in See gestochen war, sei über Satellitentelefon ein Notruf nach Malta herausgegangen, daraufhin hätten sich auf Bitten der maltesischen Behörden von Lampedusa aus zwei Patrouillenschiffe und ein Hubschrauber aufgemacht. Das Flüchtlingsboot sei in schwerer See um vier Uhr früh gekentert, als das erste Rettungsschiff versuchte, Flüchtlinge an Bord zu nehmen, womöglich weil die Menschen in Panik auf eine Seite des Bootes drängten und es so zum Kentern gebracht worden sei. Italienische Retter konnten 48 Menschen aus den Fluten bergen. Den vollständigen Artikel können Sie **hier** nachlesen.

## **Abschiebung nach Syrien stoppen**

In einer Pressemitteilung vom 25. März 2011 fordert Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, vor dem Hintergrund des brutalen Vorgehens syrischer Sicherheitskräfte gegen Demonstranten in Deraa und andernorts, die Abschiebungen nach Syrien sofort zu stoppen. Die Ankündigung von Reformen durch das Regime in Damaskus sei angesichts der massenhaften Festnahmen und dem Massaker an Demonstranten mit bis zu 100 Toten wenig glaubwürdig. Bundesregierung und Bundesländer müssten einen sofortigen Abschiebestopp verhängen, so lange Armee und Geheimdienst in Syrien freie Hand gegen Oppositionelle haben. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

## **Bayern lockert Lagerpflicht nur ein wenig**

In seiner Presserklärung vom 13. April 2011 kritisiert der Bayerische Flüchtlingsrat den sog. „Asylkompromiss“ von CSU und FDP als unzureichend. Zwar begrüßt er, dass die FDP nun auch in Bayern durchgesetzt hat, dass Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nicht mehr in Lagern leben müssen, die neue Regelung lasse aber an vielen Punkten zu wünschen übrig. So dürfen Familien mit Kindern erst nach Abschluss des ersten Asylverfahrens aus den Lagern ausziehen, also nach 2-3 Jahren. Alle anderen erst nach 6-7 Jahren, da sie zusätzliche 4 Jahre warten müssen. Von der Erlaubnis, aus den Lagern auszuweichen, werden grundsätzlich Flüchtlinge ausgenommen, die z.B. wegen Verstößen gegen die Residenzpflicht zu Geldstrafen von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurden. Dadurch wird nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge, die zum Leben in Lagern gezwungen sind, eine Erlaubnis zum Auszug erhalten. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

## **Aufnahme von 100 nordafrikanischen Flüchtlingen**

Aus einer Presseerklärung des Bundesinnenministeriums vom 08. April 2011 geht hervor, dass die Bundesregierung aus humanitären Gründen die Übernahme von 100 nordafrikanischen Flüchtlingen anbietet, die sich derzeit auf der Mittelmeerinsel Malta aufhalten. Malta ist aufgrund seiner geografischen Lage als kleiner Mitgliedstaat der Europäischen Union besonders von der aktuellen Migration aus Nordafrika über das Mittelmeer betroffen. Die vollständige Presseerklärung können Sie [hier](#) nachlesen.

## **Berlin: Bildungspaket auch für Asylbewerberkinder**

Der Berliner Senat hat am 5. April 2011 beschlossen, dass die Leistungen des neuen Hartz IV-Bildungspakets ohne Einschränkung auch für alle Asylbewerberkinder gewährt werden, auch wenn sie nur die abgesenkten Leistungen nach § 1a AsylbLG oder Grundleistungen nach § 3 AsylbLG erhalten, weil sie z.B. noch keine 48 Monate Leistungen bezogen haben und deshalb noch nicht unter § 2 AsylbLG fallen.

In einer Meldung vom 07. April 2011 argumentiert der Berliner Flüchtlingsrat, dass alle in Deutschland lebenden Flüchtlingskinder auch unabhängig vom Berliner Senatsbeschluss über § 6 AsylbLG (als zur Sicherung der besonderen Bedürfnisse von Kindern gebotene Leistungen) im Hinblick auf die Grundrechte aus Art. 1 GG (Urteil des BVerfG v. 9.2.2010 zum Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum) und Art. 3 GG (Gleichheitsgrundsatz) und das Recht auf Bildung aus Art. 28 UN-KRK einen Rechtsanspruch auf das Bildungspaket haben. Den Senatsbeschluss zum Bildungspaket sowie die Stellungnahme des Berliner Flüchtlingsrates können Sie [hier](#) nachlesen.

## **Bewegungsfreiheit für Asylbewerber in Niedersachsen**

In seiner Presseerklärung vom 07. April 2011 fordert der Flüchtlingsrat Niedersachsen die Landesregierung dazu auf, die Residenzpflicht in Niedersachsen nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein zu lockern. Dort hat das Kieler Kabinett am 05.04.2011 die umstrittene Beschränkung des Aufenthalts für Asylsuchende auf den Bezirk der örtlichen Ausländerbehörde aufgehoben und AsylbewerberInnen damit eine regionale Reisefreiheit gewährt.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert, die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden auch in Niedersachsen auf das gesamte Bundesland auszudehnen. Darüber hinaus setzt er sich auch weiterhin für die generelle bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht ein, die Flüchtlinge in ihrem grundlegenden Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit einschränkt. Die vollständige Pressemitteilung finden sie [hier](#).

## **Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention**

Am 3. Mai 2010 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Rücknahme der ausländerrechtlichen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention beschlossen und dies als „Signal“ für die Kinderrechte bezeichnet. Bislang folgten der Vorkehrsrücknahme jedoch keinerlei rechtliche Konsequenzen.

In der Presseerklärung vom 04.04.2011 fordert PRO ASYL anlässlich des 19. Jahrestages der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention durch Deutschland die Bundesregierung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages erneut auf, endlich die rechtlichen Konsequenzen aus der Rücknahme der Vorbehalte zu ziehen und die entsprechenden Schritte zur Änderung des Aufenthalts-, des Asylverfahrens- und des Asylbewerberleistungsgesetzes einzuleiten. Die vollständige Pressemitteilung können Sie [hier](#) nachlesen.

## **Anerkennung ausländischer Qualifikationen**

Am Freitag, 25.03.2011 wurde im schleswig-holsteinischen Landtag über das Thema Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen debattiert. Alle Fraktionen waren sich trotz Unterschieden in den jeweiligen Positionen darin einig, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Migranten durch die häufig fehlende Anerkennung ihrer mitgebrachten Abschlüsse erschwert ist. Hier wird von allen Parteien Handlungsbedarf gesehen. Die Landtagsdebatte bezog sich auf die aktuellen Diskussionen auf Bundesebene: Am Mittwoch, 23.03.2011 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf verabschiedet, das den Zugang zu geregelten Anerkennungsverfahren vereinfachen und den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern soll. Im Ergebnis wurde der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. Den Antrag finden Sie auf unserer Homepage unter [Flüchtlingspolitik > Arbeitserlaubnis / Arbeit](#).

## **Suizid nach Abschiebungsdrohung**

Am Nachmittag des 01. März 2011 nahm sich der 40-Jährige Shambu Lama, der bereits 15 Jahre als Flüchtling in Deutschland lebte, das Leben, nachdem ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde in Gifhorn ihm am selben Morgen mitgeteilt hatte, er werde in zwei Tagen in sein Herkunftsland Nepal abgeschoben. Wochen nach dem Suizid stellte sich heraus, dass es sich hierbei um eine fatale Fehlinformation handelte. Wie die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ in einem Artikel vom 26. März 2011 berichtet, habe die Ausländerbehörde in Gifhorn im Fall Shambu Lama die Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht in Braunschweig verweigert, sowie Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofs ignoriert. Auch, dass Shambu Lama im Mai 2010 Vater eines deutschen Kindes geworden war und sich in Absprache mit dessen von ihm getrennt lebender Mutter liebevoll um seinen Sohn kümmerte, habe der Kreis hartnäckig ignoriert. Lamas Anwältin, Daniela Öndül, wirft der Behörde jetzt vor, Lama in den Tod getrieben zu haben. Lesen Sie [hier](#) den vollständigen Artikel.

---

# **NORDRHEIN-WESTFALEN**

---

## **Proteste gegen Roma-Abschiebung am Düsseldorfer Flughafen**

Rund 100 Menschen, darunter Vertreter von Flüchtlingsgruppen, Diakonie und Landtagsfraktionen, haben am Dienstag, den 12. April 2011, am Düsseldorfer Flughafen gegen eine erneute Sammelabschiebung von Roma demonstriert. Sie forderten einen sofortigen Stopp der Ausweisungen und ein dauerhaftes Bleiberecht für die betroffenen Menschen. Von dem Flughafen aus sollten erneut rund 50 Roma aus ganz Deutschland in den Kosovo (Priština) ausgeflogen werden, 27 davon aus NRW. Bereits in der vorausgegangenen Woche, am Dienstag, den 05. April 2011, waren 36 Menschen, meist Roma, vom Düsseldorfer Flughafen aus nach Serbien abgeschoben worden. In den Wintermonaten hatte es in NRW aus humanitären Gründen keine Sammelabschiebungen nach Serbien und in den Kosovo gegeben. Der dafür ausgesprochene Erlass galt jedoch nur bis zum 31. März. In NRW leben nach Angaben des Bundesinnenministeriums Ende März rund 4300 ausreisepflichtige Minderheitsangehörige aus dem Kosovo, darunter 3500 Roma. Bei einer Abschiebung erwarten sie in den Balkanländern meist katastrophale Lebensbedingungen. Lesen Sie [hier](#) den Artikel von RHEINISCHE POST ONLINE.

## **Resolution von kirchlichen Frauenverbänden aus dem Kreis Borken gegen Abschiebung**

In einer gemeinsam am 30. März 2011 unterzeichneten Resolution an die Innenminister des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen wenden sich die beiden kirchlichen Frauenverbände im Kreis Borken – die Katholische Frauengemeinschaft im Kreis Borken und die Bezirksverbände der Frauenhilfe im Evangelischen Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken – gegen die Abschiebung von Familien, die seit vielen Jahren hier leben. Aus Anlass der Aussetzung des Abschiebestopps für Roma, Ashkali und andere Minderheiten aus dem Kosovo am 31. März 2011 hatten sich Sprecherinnen der vier Kreisdekanate und der beiden evangelischen Bezirksverbände am Vorabend auf der Jugendburg Borken-Gemen getroffen. Mit ihrer Resolution wenden sich die Sprecherinnen der Frauenverbände dagegen, dass die betroffenen Minderheiten nach dem Ende des „Winter-Abschiebestopps“ wieder zurück müssen. Lesen Sie [hier](#) den Artikel der Zeitung WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN vom 02. April 2011.

---

## **AUS DEN INITIATIVEN VOR ORT**

---

*In dieser Rubrik soll regelmäßig Interessantes aus den Initiativen vor Ort berichtet werden. Damit dies gelingt, ist der Flüchtlingsrat NRW auf Informationen „aus erster Hand“ angewiesen. Alle in der Flüchtlingsarbeit in NRW Tätigen sind dazu eingeladen, sich bei uns telefonisch (0201/899 08-0) oder per Email ([frnrw@frnw.de](mailto:frnrw@frnw.de)) zu melden und von geplanten oder durchgeführten Aktionen, besonderen Ereignissen oder aktuellen Entwicklungen zu berichten!*

### **Aktion „wach bleiben!“ Erste gemeinsam durchwachte Nacht**

In der Nacht vom 11. April auf den 12. April 2011 fand die erste Wachbleiben-Aktion statt, initiiert unter anderem von der Flüchtlingshilfe Lippe, der Kulturinitiative Detmold und der evangelischen Kirchengemeinde Detmold Ost. Die ca. 150 TeilnehmerInnen haben durch ihre Anwesenheit und ihr Wachen, ohne die die Aktion in dieser Form gar nicht möglich gewesen wäre, einen erheblichen Beitrag zu dem Abend geleistet.

Zwar ist keiner der Roma aus dem Gebiet Kreis Lippe von der Abschiebung, die am Morgen des 12. April stattgefunden hat, betroffen gewesen, dennoch haben die Menschen in der gemeinsamen durchwachten Nacht zwei wichtige Zeichen gesetzt: Eines gegen die Abschiebung in ein Leben in Elend und eines für die Solidarität mit den Betroffenen. Die Aktion „wach bleiben!“ soll auch künftig in dieser Form fortgeführt werden. Weitere Informationen erhalten Sie [hier](#).

---

## **AKTUELLE RECHTSPRECHUNG UND ERLASSE**

---

### **EuGH: Italien darf illegale Flüchtlinge nicht in Haft nehmen**

Immer wieder kritisieren Menschenrechtler Italien wegen des harten Umgangs mit Flüchtlingen. In einem am 28. April 2011 veröffentlichten Urteil hat der Europäische Gerichtshof nun entschieden, dass Italien kein Recht hat, illegale Einwanderer zu verhaften, wenn sie sich der Ausweisung entziehen. Eine Haftstrafe nach nationalem Recht sei allenfalls als letztes Mittel zulässig, wenn die nach EU-Recht vorgesehenen Maßnahmen durchweg scheiterten. Den Artikel der SÜEDDEUTSCHEN ZEITUNG können Sie [hier](#) nachlesen.

### **BMI, 28.04.2011: Vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen nach Syrien**

Das Bundesministerium des Innern erklärt in einem Antwortschreiben an das Justizministerium Schleswig-Holstein, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor dem Hintergrund der aktuellen Lageentwicklung vorläufig davon absehe, Asylentscheidungen zu Syrien zu treffen.

Die zwingende Notwendigkeit einer förmlichen Beschlussfassung nach § 60 a Abs. 1 AufenthG werde hier derzeit nicht gesehen. Das Schreiben können Sie auf unserer Homepage nachlesen unter [Rechtsnormen / Erlasse / Anwendungshinweise / Dienstanweisungen > Erlasse / Anwendungshinweise / Dienstanweisungen > Herkunftsländer > Syrien](#).

## **Rheinland-Pfalz: Erlass vom 02.03.2011: Überstellungen nach Italien nach der Dublin II-Verordnung**

In seinem Erlass vom 02. März 2011 weist das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz darauf hin, dass Verwaltungsgerichte in jüngster Zeit vereinzelt Überstellungen nach Italien nach dem Dublin II-Verfahren mit der Begründung ausgesetzt hätten, dass die flüchtlingsrechtlichen Gewährleistungen und die Verfahrenspraxis in Italien nicht an die unions- und völkerrechtlichen Standards heranreichten. Daher werden die Ausländerhören gebeten, bei anstehenden Überstellungen im Dublin II-Verfahren nach Italien den Betroffenen die Bescheide des BAMF rechtzeitig auszuhändigen, damit für diese die Möglichkeit besteht, einstweiligen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Dieses gelte insbesondere bei unbegleiteten minderjährigen, kranken und alten Personen. Den Erlass finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Abschiebung**.

---

## **ZAHLEN & STATISTIK**

---

### **Zahlen und Fakten zu Libyen-Flüchtlingen**

Hein de Haas, Forscher am International Migration Institut (IMI) der Universität Oxford, veröffentlichte am 13. April 2011 in seinem Blog einen Beitrag, der zeigt, dass die von vielen europäischen Politikern geschürte Angst vor „riesigen Flüchtlingsströmen“ aus Libyen völlig unbegründet ist. So sind von den insgesamt 500.000 Menschen, die bisher vor der Gewalt in Lybien geflohen sind, nur etwa 2.800 Menschen in Europa angekommen. Die überdeutliche Mehrheit (88%) der Flüchtlinge aus Libyen ist nach Ägypten und Tunesien geflohen. Den gesamten Beitrag mit weiteren Zahlen finden Sie [hier](#).

### **3.527 Asylanträge im März 2011**

3.527 Asylanträge wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im März 2011 gestellt. Damit stieg die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zum Vormonat um 237 Personen (7,2 Prozent), im Vergleich zum Vorjahresmonat März 2010 stieg die Zahl der Asylbewerber um 854 Personen (32,0 Prozent).

624 Personen erhielten im März 2011 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (14,2 Prozent aller Asylentscheidungen). 323 Personen (7,4 Prozent) erhielten sogenannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz). Die von Bundesministerium des Innern veröffentlichten Zahlen im Einzelnen sowie Angaben zu den Hauptherkunftsländern finden Sie [hier](#).

---

## **MATERIALIEN**

---

### **Sonderheft der Flüchtlingsräte: AusgeLAGERT**

Am 22. März 2011 ist das neue Sonderheft der Flüchtlingsräte unter dem Titel „AusgeLAGERT – Zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland“ erschienen. Das Heft der Flüchtlingsräte erscheint bundesweit einmal im Jahr und wird herausgegeben von den Landesflüchtlingsräten und PRO ASYL.

Die Flüchtlingsräte kritisieren in ihrer gemeinsamen Veröffentlichung die z.T. unmenschliche Unterbringungssituation von Asylsuchenden in Deutschland. Dabei wird auch deutlich, dass die Lebensumstände der Flüchtlinge von der Politik der Bundesländer und der Praxis der Kommunen abhängt und sehr unterschiedlich sein kann. Das Heft kann beim Flüchtlingsrat NRW (1,20 € pro Stück + 1,45 € Porto) bestellt oder [hier](#) als pdf runter geladen werden.

### **Musterantrag: Leistungen aus dem Bildungspaket**

Einen vom Flüchtlingsrat Berlin erstellten Musterantrag für Leistungen aus dem Bildungspaket auch für Kinder im AsylbLG-Bezug finden Sie auf unserer Homepage **Flüchtlingspolitik > Kinder und Jugendliche**.

### **Bericht: Menschenrechte im kosovarischen Gesundheitssystem**

Bericht des Kosova Rehabilitation Centre for Torture Victims (KRCT) über die menschenrechtliche Situation im kosovarischen Gesundheitssystem basierend auf Kontrollbesuchen aus den Jahren 2010 und 2011. Den Bericht (in englischer Sprache) finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Dokumentationen**.

### **Policy Paper: Abschiebungshaft und Menschenrechte**

Anlässlich des am 30. März 2011 vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzesentwurfs zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union in deutsches Recht veröffentlichte das Deutsche Institut für Menschenrechte am 31. März einen Beitrag, der zwei Aspekte einer menschenrechtlichen Betrachtung unterzieht, welche die geltende und nach der Richtlinienumsetzung voraussichtlich fort geltende Rechtslage und die Praxis der Abschiebungshaft in Deutschland betreffen. Dabei geht es erstens um die menschenrechtliche Bewertung der gesetzlichen Möglichkeit, Abschiebungshaft für eine Dauer von bis zu 18 Monaten anzuordnen, und zweitens um die Frage, wie es menschenrechtlich zu beurteilen ist, Abschiebungshaft gegenüber unbegleiteten Minderjährigen anzuordnen. Den vollständigen Beitrag finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Kinder und Jugendliche**.

### **Fotoreportage: Flüchtlinge aus Libyen nach Tunesien**

Am 30. März 2011 veröffentlichte die online Ausgabe der Zeitung „The Boston Globe“ die Fotoreportage „Faces of the displaced“ über Flüchtlinge aus Libyen auf ihrem Weg nach Tunesien. Die Reportage finden Sie **hier**.

### **Zeitschrift borderline-europe: Europas Eiserner Vorhang**

Im März 2011 ist die zweite Zeitschrift von borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V., unter dem Titel „Europas neuer 'Eiserner Vorhang'“ erschienen. Aus dem Vorwort von Günter Grass: „Es ist dringend nötig, dass sich in Europa Bürgerinnen und Bürger zusammenschließen, um auf einen ungeheuerlichen Skandal aufmerksam zu machen: das tausendfache, von unseren Behörden und Regierungen weitgehend vertuschte, Massensterben an den Außengrenzen der Europäischen Union. Mit dem Abbau von Mauer und Stacheldraht im Innern hat sich die „Festung Europa“ gegenüber ihren Nachbarregionen nur umso mehr abgeschottet. Die Wachtürme, die einst das Bild am „Eisernen Vorhang“ prägten, sind nicht verschwunden, sondern nur um einige hundert Kilometer versetzt worden.“ Die Zeitschrift thematisiert das EU-Grenzregime und seine tödlichen Folgen: die Situation an den Grenzabschnitten in Wort und Bild. Das Heft (6.- Euro + Porto) ist ab sofort über die Geschäftsstelle von **borderline-europe** zu beziehen.

### **Materialbestellung: Einbürgerungstest, Orientierungshilfe (2011/2012)**

Die Bestellformulare für Einbürgerungstest (Einbürgerungstest 1: Leben in der Demokratie; Einbürgerungstest 2: Geschichte & Verantwortung; Einbürgerungstest 3: Mensch und Gesellschaft) und Orientierungshilfe (Orientierungskurs 1: Politik in der Demokratie; Orientierungskurs 2: Geschichte & Verantwortung; Orientierungskurs 3: Mensch und Gesellschaft) finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Dokumentationen**.

### **Etiketten und Aufkleber: Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen**

Verschiedenfarbige Bilddateien für Etiketten und Aufkleber gegen das Asylbewerberleistungsgesetz (inkl. Anleitung zum Etikettendruck) finden Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Dokumentationen**.

Sie unterstützen den Flüchtlingsrat NRW e.V., wenn Sie Bücher online bei Amazon über unseren Spendeshop <http://frnrw.spendeshop.at> bestellen!

---

## **TERMINE**

---

Samstag, 07. 05. 2011, 11:00 Uhr bis 13:30 Uhr: AG UMF des Flüchtlingsrates NRW. Schwerpunkt wird die Vorbereitung der für den 2. oder 16. Juli 2011 geplanten Fortbildung in Bochum sein. Interessierte sind herzlich eingeladen. Ort: Asienhaus, Bullmannaue 11, 45327 Essen.

Samstag, 07.05 2011, 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr: Theaterstück: „KREDIT FÜR TASLIMA“. Weltbank, Dorfbank, Saatgutmultis und starke Frauen in Bangladesch. Eine Aufführung der Berliner Compagnie. Ort: Aula Städt. Realschule, Rot-Kreuz-Str. 8 , Wermelskirchen.

Mittwoch, 11. 05. 2011, 12:00 Uhr bis 17:00 Uhr: Fachtagung: Europäische Grenzen - humanitäre Flüchtlingspolitik im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Referenten: Elias Bierdel und Susanne

Geißler Eine Veranstaltung des Caritasverbands Düsseldorf. Ort: Caritas-Treffpunkt, Oststraße 64, 40211 Düsseldorf. (Anmeldung erforderlich)

Donnerstag, 12. 05. 2011, 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr: Theaterstück: Märchenwald. Ein bißchen kalt. Ein Theaterprojekt mit nach Deutschland geflohenen Jugendlichen. In Zusammenarbeit mit dem PSZ Düsseldorf. Ort: Kleines Schauspielhaus, Bundesallee 260, 42103 Wuppertal.

Sonntag, 15. 05. 2011, 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr: Theaterstück: Märchenwald. Ein bißchen kalt. Ein Theaterprojekt mit nach Deutschland geflohenen Jugendlichen. In Zusammenarbeit mit dem PSZ Düsseldorf. Ort: FFT-Kammerspiele, Jahnstraße 3, 40215 Düsseldorf.

Dienstag, 17. 05. 2011, 09:00 Uhr bis Mittwoch, 18. 05. 2011, 16:00 Uhr: 21. Behördentagung - Zwischen Traum und Wirklichkeit. Veranstalter: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. Die Einladung, das Programm, einen Informationsbogen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Homepage Ort: Mülheim. (Anmeldeschluss war der 26. April 2011)

Montag, 23.05.2011, 08:00 Uhr bis Sonntag, 29.05.2011, 16:00 Uhr: Woche der Weiterbildung 2011. Berufliche Fort- und Weiterbildung von Migranten. Informationen unter [www.pro-qualifizierung.de](http://www.pro-qualifizierung.de).

Freitag, 27. 05. 2011, 10:00 Uhr bis Samstag, 28. 05. 2011, 14:00 Uhr: Rechtsseminar Frauen und Migration der Heinrich-Böll-Stiftung. Kosten: 100 € inkl. Ü im DZ & VP | EZ-Zuschlag 15 €. Das Seminar richtet sich an alle Fachfrauen der Sozialen Arbeit, Frauen und Migrationsberatungsstellen, Frauenhäuser, öffentlichen und freien Träger der Jugend- und Sozialhilfe. Ausgerichtet auf die Anforderungen der Beratungsarbeit werden Grundkenntnisse und aktuelle Entwicklungen im Familien-, Migrations- und Sozialrecht erarbeitet. Fallbeispiele, interaktive Lernformen und Arbeitshilfen erleichtern die Umsetzung für die Praxis. In diesem Jahr stehen die Neuregelungen 2011 im Aufenthalts- und Sozialrecht für Migrantinnen im Mittelpunkt. Ort: Bochum, Jugendgästehaus.

Freitag, 17.06.2011, 18:00 Uhr bis Sonntag, 19.06.2011, 13:00 Uhr: Tagung „Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen“. Arbeitstagung der Bewegungsstiftung. Anmeldeschluss 15.Mai 2011.

Dienstag, 21.06.2011: Einladung zur Schulung „Arbeitsmarktzugang und sozialrechtliche Situation von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthalt“. Anmeldung erforderlich.

(Weitere Termine und zugehörige Informationen auf unserer Homepage [www.fnrnw.de](http://www.fnrnw.de))